

IUH befürchtet Weisung von Töpfer zum Wiederaufstart der Plutoniumverarbeitung

Main-Edge, Alzenau/Hanau 16.9.92

Sicherheitsniveau der Altanlage sei durch Neubau-Eingriffe noch weiter abgesenkt worden

Hanau. »Wir haben zwei Schreiben als quasi letzten Versuch an den Hessischen Umweltminister Fischer und an Bundesumweltminister Töpfer gejagt, weil etwas im Busch zu sein scheint.« Elmar Diez, Sprecher der atomkritischen Initiativegruppe Umweltschutz Hanau (IUH), befürchtet, daß demnächst die Weisung aus Bonn kommt, die Plutoniumverarbeitung in der seit 15 Monaten stillstehenden Altanlage des Siemens-Brennelementwerks wieder auffahren zu lassen.

Am 12. August hatte Töpfer angekündigt, die Stilllegungsverfügung seines hessischen Kollegen Joschka Fischer (Grüne) aufzuheben. »Wann wird Töpfer zuschlagen?«, fragen Elmar Diez und IUH-Anwalt Matthias Seipel. Mit ihren Schreiben wollen sie Fischer noch einmal auffordern, die Alt-Anlage endgültig stillzulegen und Töpfer von seinem gegenteiligen Vorhaben abzubringen.

Wie Seipel am Dienstag vor der Presse erklärte, ist dabei der Kernpunkt, daß durch den Bau der Siemens-Neuanlage die Altanlage zwangsläufig eminenten Eingriffen unterworfen worden sei. Das ohnehin nicht hohe Sicherheitsniveau der Altanlage sei so noch weiter abgesenkt worden und obendrein von der Genehmigungsbehörde nicht nachgecheckt worden, meint Seipel. Damit seien neue Gefährdungspotentiale für die Bevölkerung entstanden, wenn Töpfer jetzt den Wiederbetrieb der Altanlage anweise.

»Wunderwerk« mit Löchern

Siemens habe die Neuanlage als ein »Wunderwerk der Technik« beschrieben, allerdings deren Sicherheitsstandard »mit einer beispiellosen Sorglosigkeit bei der Realisierung erkaufte«. Diez und Seipel erinnerten an die Pannen, als es zu einem starken Regen-

eintritt in die Altanlage gekommen war oder als man im Sicherheitsbereich »vergessene« Löcher in der Wand entdeckte, durch die leicht Plutonium hätte hinausgeschmuggelt werden können. Seipel wußte darüber hinaus zu berichten, daß während der Umbauten der Produktionsbereich nicht durch Wände, sondern durch bloße Vorhänge abgeschirmt worden sei.

»Altanlage neu prüfen«

Daher müsse der Bundesumweltminister, so meinen die Kernkraftkritiker, die Altanlage erneut prüfen. In dieser Auffassung sieht sich Seipel auch durch den Kasseler Verwaltungsgerichtshof bestätigt, der ähnlichen Überlegungen nachgehe.

Seipel bezieht sich damit auf ein Schreiben, das der Verwaltungsgerichtshof am 3. September an die Verfahrensbeteiligten der Klage gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für den Siemens-Neubau verschickt hatte. In diesem Schreiben hatte der Gerichtshof dargelegt, daß die Wechselwirkungen bei der Errichtung einer Neuanlage mit der Altanlage zu berücksichtigen seien – die neu zu errichtenden Gebäude stünden schließlich neben solchen, die bereits seit Jahren in Betrieb seien.

Neue Genehmigung nötig?

Wenn Töpfer die Wiederaufnahme des Betriebs anweise, so folgert Atomrechtsspezialist Seipel, müßte wegen der wesentlichen Änderungen, die an der Altanlage in Folge des Neubaus entstanden seien, eine neue Genehmigung erstellt werden. Und die ziehe das gesamte verwaltungstechnische Prozedere inklusive Auslegung der Unterlagen und Beteiligung der Öffentlichkeit nach sich.

Seipel und Diez befürchten, daß dies der

Atomindustrie zu langwierig ist und Töpfer sich – ähnlich wie der frühere hessische Umweltminister Karlheinz Weimar – über Recht und Gesetz hinwegsetzen könnte.

Außerdem kritisierten die beiden IUH-Vertreter, daß Weimar die Genehmigung vom April 1988 für den Betrieb der Altanlage nur für einen zeitlich begrenzten Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen habe, mittlerweile aber vier Jahre vergangen seien. Der schon im Januar dieses Jahres gestellte Antrag auf Widerruf der Weimarschen Genehmigung ist darum jetzt um die aktuellen Beeinträchtigungen der Sicherheitssituation ergänzt worden.

Für besonders skandalös hält es Elmar Diez, daß der Bundesumweltminister seinem hessischen Kollegen vorzuschreiben versuche, welche Rechtsauffassung dieser im Verfahren um die Plutoniumverarbeitung zu vertreten habe. Auch Töpfer könne schließlich trotz Weisungsbefugnis niemanden dazu zwingen, seine Rechtsauffassung zu übernehmen.

EG-weite Bedeutung

Wie das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Eduard Bernhard aus Kleinostheim, anmerkte, wird die Linie der IUH voll vom BBU mitgetragen. Was in Hanau scheitert, sei nicht nur ein hessisches, sondern wegen der räumlichen Nähe auch ein bayerisches Problem. Bernhard sprach sogar von einer EG-weiten Bedeutung, denn das zu verarbeitende Plutonium komme schließlich aus den Wiederaufbereitungsanlagen im französischen La Hague und dem britischen Sellafield. Nicht nur dort entsündeten für die Bevölkerung Gefahren, betonte Bernhard, sondern durch Transport- und Proliferationsrisiken sozusagen europä- und weltweit.

Oliver Bechmann